



Franz Wagner
Präsident des Deutschen Pflegerats

Editorial

Mut braucht eine Stimme

Das Jahr 2017 neigt sich dem Ende zu. Hinter uns liegen ein erfolgreicher 4. Deutscher Pflergetag, erste Schritte zu einem Pflegeberufereformgesetz, zahlreiche mehr oder weniger erfolgreiche Diskussionen um mehr Pflegepersonal und bessere Arbeitsbedingungen und eine Bundestagswahl, bei der die Themen der Pflege fast keine Rolle gespielt hätten. Allein letzteres zeigt, dass die professionelle Pflege noch nicht nachhaltig in den Köpfen von vielen Entscheidern ist. Das muss sich im Jahr 2018 ändern. Mut braucht eine Stimme! Eine starke Stimme wird die Bundespflegekammer sein, die wir zusammen mit der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz auf den Weg gebracht haben.

Leere Worthülsen und Versprechungen zählen für uns nicht mehr. Was zählt, sind Fakten: Gibt es die versprochene bessere Bezahlung? Wurde tatsächlich mehr Personal in den Pflegeeinrichtungen und in den Krankenhäusern eingesetzt? Haben sich die Arbeitsbedingungen in der Pflege und für die Hebammen wirklich verbessert? Die Politik muss 2018 endlich liefern, was sie verspricht. Das zählt im Übrigen auch für die Arbeitgeber und deren Verbände. Als professionell Pflegende sollten wir dabei nicht tatenlos zusehen. Gemeinsam können wir mehr erreichen, als wir heute zu denken wagen. Eine gute Gelegenheit hierzu ist der 5. Deutsche Pflergetag. Unter dem Motto „Teamarbeit – Pflege interdisziplinär!“ treffen sich vom 15. bis 17. März 2018 in der STATION Berlin über 10.000 Interessierte, um die Zukunft der Pflege zu gestalten.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Adventszeit, ein besinnliches Weihnachtsfest und bereits heute schon einen guten Rutsch in das neue Jahr!

Franz Wagner
Präsident des Deutschen Pflegerats



In Kooperation mit

Heilberufe
Das Pflegemagazin

IM FOCUS

Bayerische Interessenvereinigung: DPR lehnt Etikettenschwindel ab

Der Deutsche Pflegerat lehnt die Vereinigung der Pflegenden in Bayern nach wie vor ab und fordert die bayerische Politik auf, ihre Position zu diesem losen Interessenverbund zu ändern. Die Vereinigung ist und bleibt ein Etikettenschwindel und soll den Pflegefachpersonen gegen ihren Willen übergestülpt werden.

Ein solcher Verbund kann nicht die einer starken Pflegekammer zugeschriebenen Aufgaben erfüllen. Daran ändern auch alle anderslautenden Beteuerungen des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege nichts. Der Vereinigung fehlt es an der notwendigen Unabhängigkeit, da sie aus dem Staatshaushalt finanziert wird. Damit unterliegt sie einem Haushaltsvorbehalt. Auch repräsentiert sie nicht die ganze Berufsgruppe der Pflegefachpersonen. Sie beruht auf einer freiwilligen Mitgliedschaft.

Die Pflegefachpersonen in Bayern benötigen kein Placebo-Medikament und keine Mogelpackung. Was auf der Packung der Vereinigung steht, ist in dieser nicht drin. Die elementaren Entscheidungsbefugnisse der professionell Pflegenden werden durch sie massiv verwässert. Die Pflegefachpersonen wollen ihre Belange selbst in die Hand nehmen. Das kann nur durch die Gründung einer Pflegekammer erreicht werden. In dieser ist gewährleistet, dass es tatsächlich um die Interessen der Pflegefachpersonen geht und nicht Interessengruppen der Arbeitgeber Einfluss nehmen können, wie dies in Bayern der Fall sein wird. In Bayern wurde es verpasst, den professionell Pflegenden eine tatsächlich starke Stimme zu geben. Mehr Wertschätzung sieht anders aus.

Irene Maier
Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegerats (DPR)



Pflegekammerwahl Schleswig-Holstein

Registrierung auf dem Weg

Nach Rheinland-Pfalz wird im kommenden Jahr voraussichtlich in Schleswig-Holstein die zweite Landespflegekammer Deutschlands ihre Arbeit aufnehmen. Frank Vilsmeier, Vorstand und Stellvertretender Vorsitzender des Errichtungsausschusses der Pflegeberufekammer, berichtet über den aktuellen Stand.

Der Errichtungsausschuss für die Pflegeberufekammer Schleswig-Holstein verzeichnet bisher fast 19.000 Registrierungen (Stand 7. November). Das sind ca. 65% der angenommenen ca. 28.000 bis 30.000 Pflegefachpersonen im Land. Täglich erreichen uns weitere Registrierungen. Kontinuierliche landesweite Informationsveranstaltungen werben für eine breite Akzeptanz der Kammer. Im Zuge der Registrierungen ist naturgemäß der Aufwand für die Betreuung der zukünftigen Mitglieder der Kammer sprunghaft gestiegen, persönliche Fragen müssen beantwortet sowie in den FAQs auf unserer Homepage aktualisiert werden.

Häufigste Fragen: Vorteile und Kosten

Schwerpunkt vieler Fragestellungen ist: „Was habe ich persönlich und unmittelbar von der Pflegeberufekammer?“ und

„Was kostet mich das?“. Die berufspolitischen, langfristig angelegten und damit nachhaltigen Dimensionen der Kammerarbeit sind nur mit viel Geduld und Überzeugungsarbeit zu vermitteln. Wir bemerken auch, dass viele Berufsangehörige keine oder einseitig vermittelte Informationen zu der Selbstverwaltung ihres Berufes haben. Nach sachlicher Aufklärung, auch zum Wesen des Beitrags in noch ungewisser Höhe, ist immer wieder ein positiver Wandel der Einstellung zur Errichtung einer Pflegeberufekammer zu bemerken.

Kernthema der Öffentlichkeitsarbeit wird zum Jahreswechsel die Wahl sein, insbesondere Fragen zum Verfahren und zur Listenerstellung. Im März 2018 wird gewählt und voraussichtlich im April 2018 die erste Kammerversammlung durchgeführt.

Inzwischen hat sich dafür der Wahlvorstand für die Kammerwahl konstitu-

iert. Wir freuen uns sehr, dass wir für dessen Leitung einen ausgewiesenen juristischen Experten, Prof. Dr. Thomas Weiß, gewinnen konnten. Inhaltlich werden hier die Vorgaben der vom Ministerium vorgegebenen Wahlverordnung umgesetzt und der Zeitstrahl für das Wahlverfahren festgelegt. Schleswig-Holstein ist in zwei Wahlkreise aufgeteilt.

Eine Ausnahme betrifft die Kollegen der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege. Für diese Berufsgruppe ist die ungebundene Listenwahl im ganzen Bundesland zu organisieren. Damit soll erreicht werden, dass die vergleichsweise kleine Gruppe mit dieser Qualifikation in einem angemessenen Verhältnis ihre Sitze in der Kammerversammlung erhält.

Listenplatz gesucht

Zunehmend erreichen uns Fragen von pflegenden Kollegen, die sich aktiv in die Kammerarbeit einbringen wollen, aber noch unsicher sind, wie sie eine Liste zusammenbekommen. Das macht uns einerseits zuversichtlich, eine engagierte, mit der Vielfalt der beruflichen Aufgabenfelder ausgestattete Kammer an den Start zu bringen, deren Mitglieder mit

beiden Beinen im Beruf stehen. Nur so können aus der Wirklichkeit der beruflichen Pflege heraus praktisch relevante Themen gestaltet werden. Andererseits ist die Zusammenstellung einer Liste sehr anspruchsvoll und verlangt ein gutes Netzwerk mit Kollegen der eigenen Berufsgruppe. In einem Flächenland mit ungleicher Verteilung von beruflich Pflegenden ist das eine besondere Aufgabe.

Aufregung nach Landtagswahl

Besondere Aufmerksamkeit hat, auch bundesweit, die Landtagswahl in Schles-

wig-Holstein auf sich gezogen. Anders als in Rheinland-Pfalz, dort haben alle Parteien und Landtagsabgeordneten für das Kammergesetz gestimmt, gab es in der neuen Koalition der Landesregierung in Schleswig-Holstein Vorbehalte gegenüber der Pflegeberufekammer. Sie mündeten in einer intensiven Auseinandersetzung darüber, ob die vorgesehene rechtliche Struktur der Kammer in Richtung des bayerischen Modells verändert wird. Letztlich wurde entschieden, dass die vorgesehene Änderung der gesetzlichen Regelungen zur Pflegeberu-

fekammer nicht zum Bestandteil der Koalitionsvereinbarung wird. Insofern bleiben für den Errichtungsausschuss alle gesetzlichen Arbeitsgrundlagen bestehen und auch die Kammer selbst kann wie vorgesehen an den Start gehen.

Frank Vilsmeier

Vorstand, Stellvertretender Vorsitzender des Errichtungsausschusses der Pflegeberufekammer Schleswig-Holstein

Demenz: Angehörige am Ende ihrer Kräfte

Neuer Berufsmix für ein besseres Leben bei Demenz erforderlich

Defizite in der Diagnostik und Versorgung. Pflegen bis zur Erschöpfung: Wer sich intensiv um demente Angehörige kümmert, ist oft am Ende seiner Kräfte. 59% der im Rahmen des aktuellen Pflegereports 2017 der DAK-Gesundheit Befragten geben dies an. Selbst im weiteren Umfeld von Menschen mit Demenz sagt jeder Dritte, oft erschöpft zu sein.

Neun von zehn pflegenden Angehörigen fordern mehr Unterstützung – und nehmen dabei gleichzeitig zu wenig professionelle Hilfe in Anspruch. Außerdem sind 80% der Deutschen der Meinung, dass Menschen mit Demenz und deren Familien mehr Respekt verdienen.

Der Pflegereport zeigt zudem, dass 35% der Befragten mit Demenzerfahrung den eigenen Haushalt für den besten Lebensort für Menschen mit Demenz halten, jeder Fünfte sieht dagegen Wohngruppen als die beste Betreuungsförmung Demenzkranker an. In Wohngruppen leben aktuell jedoch nur knapp 2% der Betroffenen. Wunsch und Wirklichkeit klaffen hier weit auseinander.

Erarbeitet wurde der DAK-Pflegereport unter Federführung des AGP Institut Sozialforschung an der Evangelischen Hochschule Freiburg. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage: „Ist trotz Demenz ein gutes Leben möglich?“

Anderer Berufsmix nötig

Das sei grundsätzlich erreichbar, sagte hierzu der zuständige Autor des Reports, Prof. Dr. Thomas Klie, bei der Presse-

konferenz der DAK-Gesundheit zur Veröffentlichung des Reports. Jedoch sei dies an einige Bedingungen geknüpft. Benötigt werde unter anderem ein anderer Berufsmix in der Pflege und auch andere Kompetenzen der professionell Pflegenden. Denn, so Klie weiter, „hat 97% des Tagesablaufs eines an Demenz erkrankten Menschen nichts mit der Pflege und Medizin zu tun. Der größte Bedarf liegt im Bereich der Unterstützung und vor allem in der Teilhabe am Leben. Das müssen wir viel stärker als bisher in den Blick nehmen“. Die dabei zu erbringenden Leistungen würden jedoch „weit über die heutigen Leistungen der in der stationären Pflege eingesetzten zusätzlichen Betreuungskräfte hinausgehen“.

Vollzugsdefizit beim neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff

Ein deutliches Vollzugsdefizit sieht Klie in der Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes. Überwiegend werde dieser in den Pflegeeinrichtungen nicht umgesetzt. Es fehle die Anpassung des Leistungserbringungsrechts. „Es

reicht nicht aus, einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff zu schaffen und diesen zu feiern, ohne die richtigen Rahmenbedingungen für dessen Umsetzung zu schaffen“, betonte Klie.

„Investitionen in das Personal müssen bei der Wertschätzung ansetzen. Fehlt diese, dann fliehen die Mitarbeiter“, machte er weiter deutlich. Auf der anderen Seite seien Mitarbeiter „ohne Humor“ in der Begleitung von Menschen mit Demenz „fehl am Platz“.

Zu wenig auf professionelle Pflege gesetzt

Klie wies zudem darauf hin, dass in Deutschland bei der Pflege zu wenig professionelle Kräfte in Anspruch genommen werden. „Wir haben in Deutschland eine hohe Akzeptanz der Pflegeberufe, jedoch ein Nachfrageproblem bei den Dienstleistungen, vor allem in der häuslichen Pflege“, sagte er weiter. Eine der Gründe hierfür könnte darin liegen, dass „die Pflege in Deutschland zu kompliziert aufgebaut ist“.

Deutlich wird er auch zur stationären Pflege. „Im internationalen Vergleich ist die Langzeitpflege in Deutschland dramatisch unterfinanziert“, mahnte der Pflegewissenschaftler abschließend.

www.dak.de

AUS DEN VERBÄNDEN

**Immer mehr Betreuungskräfte:
Entlastung mit Risiko**

Das Bundesgesundheitsministerium hat den Zuwachs an Betreuungskräften in stationären Pflegeeinrichtungen zwischen 2013 und 2017 von rund 28.000 auf ca. 60.000 verkündet.

Diese Entwicklung muss bei aller Euphorie, aber auch mit Skepsis und Augenmaß betrachtet werden, heißt es vom Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK). Ein bereits 2016 veröffentlichtes DBfK-Positionspapier zeigt Chancen und Risiken beim Einsatz von Betreuungskräften auf.

„So begrüßenswert die Verbesserungen der Betreuung von Pflegebedürftigen durch den Zuwachs an Betreuungskräften auch sind, sie dürfen keineswegs darüber hinwegtäuschen, dass es in den Einrichtungen seit langem bundesweit an Pflegefachpersonal fehlt“, betont DBfK-Sprecherin Johanna Knüppel.

Der DBfK warnt davor, die Anstrengungen, Arbeitsplätze für Pflegefachpersonen in der Langzeitpflege attraktiv zu machen und so qualifiziertes Pflegepersonal zu halten, zu vernachlässigen. Nur bei einem guten Personal- und Grade-Mix sowie den entsprechenden Rahmenbedingungen könnten Betreuungskräfte einen wertvollen Beitrag für eine gute Versorgung der Bewohner leisten, so der Verband.

Leider verleite der Zuwachs an Betreuungskräften vielfach dazu, ihnen pflegerische Aufgaben zu übertragen, betont Knüppel weiter: „Das wird dann gefährlich für die zu pflegenden Menschen. Leistungen der Pflege können nicht von Personen erbracht werden, die dafür keinerlei Qualifikation haben“.

www.dbfk.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Christine Vogler (verantwortlich)

Alt-Moabit 91, 10559 Berlin

(„Haus der Gesundheitsberufe“)

Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304

www.deutscher-pflegerat.de

„PflegePositionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE – Das Pflegemagazin.

Verlag: Springer Medizin Verlag GmbH

Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin

Tel.: 030 827875500, Fax: 030 827875505

Director Professional Care: Falk H. Miekley

Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler

Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin

Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505

www.heilberufe.de

Deutsches Pflege Forum

Landespflegekammer erarbeitet Berufsordnung

Auf dem Deutschen Pflege Forum sprach Dr. Markus Mai, Präsident der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz, über die bisherigen Kammererfahrungen in Rheinland-Pfalz. Und er machte gleich zu Beginn deutlich: „Kammergründungen bedeuten, mit Widerstand zu kämpfen“.

Mai sagte, es sei es sinnvoll, „einer klaren Strategie für den Aufbau der Landespflegekammer zu folgen“. Hierfür seien in Rheinland-Pfalz 116 Maßnahmen bis zum Jahr 2020 festgelegt.

Kammer stärkt die Altenpflege

Aktuell habe die Landespflegekammer Rheinland-Pfalz rund 38.700 registrierte Mitglieder. Der Anteil der Krankenpflegerinnen und -pfleger liege bei 72% der Mitglieder, der der Kinderkrankenpflegerinnen und -pfleger bei 8%. Nur 20% aller Mitglieder seien der Altenpflege zuzuordnen. Im Altenhilfesektor arbeiten als Pflegefachkräfte somit wesentlich mehr Krankenpfleger als Altenpfleger. Daher ziehe die „ganze Argumentation“ der Kritiker, dass Pflegekammern den Altenhilfesektor schädigen, nicht, sagte Mai.

Die Zugehörigkeit zu einer Pflegekammer, so der Kammerpräsident, habe eine elementare Bedeutung in der Gesellschaft und sei „als besonderes Recht“ zugleich eine Auszeichnung für den Berufsstand. Das habe auch das Verwaltungsgericht Mainz mit seiner Entscheidung im April 2017 anerkannt. Demnach sei das allgemeine Interesse an einer Pflegekammer größer als das Einzelinteresse. Mai weiter: „Die Pflegekammer ist ein zutiefst demokratischer Organismus. Die Steuerung erfolgt durch die Mitglieder. Wir gestalten unseren Berufsstand selbst“.

Zur Frage, was die Kriterien eines guten Arbeitsplatzes und damit auch eines guten Arbeitgebers sind, werde es dem-

nächst von der Kammer eine Antwort geben, versprach der Landeskammerpräsident im Verlauf des Deutschen Pflege Forums. Möglich sei u.a. die Herausgabe eines Kammerzertifikats „Guter Arbeitgeber in der Pflege“. Dabei erkenne er bereits jetzt, dass sich „schlechte Arbeitgeber“ in Rheinland-Pfalz auch aufgrund der Kammergründung anfangen zu bewegen – hin zum Positiven.

**Berufsordnung: Grundgesetz
pflegerischer Berufsausübung**

„Die Berufsordnung ist das Grundgesetz der pflegerischen Berufsausübung. Dort wird die professionelle Pflege definiert“, betonte Mai. Bisher habe man dieses Feld anderen überlassen. Damit sei jetzt Schluss. Die Pflege bestimme das künftig selbst. Mai ist sich sicher, dass sich die Arbeitgeber die 2018 von der Landespflegekammer zu verabschiedende Berufsordnung sehr genau ansehen werden und die für deren Umsetzung benötigten Maßnahmen einleiten werden. „Die Berufsordnung ist die Grundlage für begründete Forderungen nach Verbesserungen im Arbeitsfeld der Pflege“, erklärte Mai. Und abschließend: „Die Landespflegekammer ist in Rheinland-Pfalz in allen Ebenen anerkannt“. Hier seien die professionell Pflegenden stark.

Für ganz Deutschland gelte dies jedoch noch nicht. „Wir brauchen eine starke Bundespflegekammer, zu deren Gründung zusammen mit dem DPR jetzt die Initiative ergriffen wurde“.

www.pflegekammer-rlp.de